

Dresdener Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Nr. 14.

Dresden, Montag den 19. Januar 1914.

25. Jahrg.

Abonnementpreise mit der tägl. Unterhaltungsbeilage (Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Beilage) monatlich 60 Pf., vierteljährlich 1,70 Pf., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 11. 50. — Erlaubt tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettlingplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettlingplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeilenbreite mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Streifenanzeigen 25 Pf. Anserte müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdener Volkszeitung.

Oberst v. Reuter erhielt den Roten Adlerorden. Auf dem reaktionären Preusentag erging sich Generalleutnant Reuter in Schmähsungen gegen den Reichstag.

Die Militärpolitische Korrespondenz teilt mit, daß in dem reaktionären Reich der Wunsch besteht, die Verfassung des Reiches zeitweise aufzuheben zu werden.

Es soll in Japan die Gegend von Elbak und Padjary in Frage genommen werden.

Auf der japanischen Insel Sakurajima haben Vulkanbrüche neue Familien herbeigeführt.

Oberst v. Reuter im Ordensglanz.

Oberst v. Reuter ist für den freidenkenden Staatsbürger ein würdevoll äußerlich Mann. Höchstens dazu gut, im absoluten Staatswesen strebender Leute. Er ist der letzte Ordensritter, der beim Berliner Ordensfest niederkam. In dem Obersten v. Reuter, den Helden von Sedan, erfährt, so ist das ist eine besondere Angelegenheit, die Symptome unserer Zustände.

Es mag sein, daß der Oberst v. Reuter gerade „an der Zeit“ war, einen Orden zu bekommen. Aber wahrscheinlich ist, daß der preussische Kriegsminister v. Falkenhayn die Demonstration beabsichtigte, da er den Obersten zur Ordensverleihung vorzuschlug. Der Oberst v. Reuter, der schon wegen seiner Vergehen auf der Anklagebank saß, gegen den selbst der ihm feindlichst gestimmte Reichstag in dieser militärischen Demonstration sagen, die eine Demoralisation ist. Es ist offenbar, daß gewisse Leute es darauf anlegen, das geschändete Bürgerrecht auszuführen aufzugeben.

Uns Sozialdemokraten gefällt das alles nicht. Nur immer weiter so!

Die echten Preußen.

Der „Preußenbund“ — das heißt der Bund der reaktionären Reaktionäre gegen das preussische Volk — hielt einen Preusentag ab. 250 echtpreussische Patrioten versammelten sich, wie es sich gehört, in einem Saale des preussischen Dreiklassenhauses unter Führung v. Döndelands. Die Veranstaltung begann mit dem üblichen Quäntchen Programm an den Kaiser und wurde ausgefüllt mit fabelhaften Reden von „Preussens Eigenart“ und von der Notwendigkeit, dem Kaiser das „demokratische Heil“ zu bewahren. In der Anrede v. Döndelands mimmelte es zu den beliebigen Wendungen: „entpreussischer Geist“, „gute Preußen“, „braue Preußen“, der „preussische Gedanke“ — meint es freilich die konervative, junkerliche, militaristische Herrschaft.

Eine Hauptleistung vollbrachte der Generalleutnant C. v. Brodow. Er sprach über „das preussisch-monarchische Volk“, gegen das sich nun der Ansturm der Demokratie und der Sozialdemokratie im Reichstage richtet.“ Der Generalleutnant fuhr fort:

Obgleich tausendwertige Soldatenverbände bestehen, wird jedes taube Wort vor dem Reichstag ertragen. Ja, denn unsere Soldaten alle Weiber werden? (Sehr gut!) Die Anträge der Arbeiter, Scheidemann und Genossen bei der Verneinung waren dreie und unerschütterlich. (Stürmischer Beifall.) Die Anträge der Arbeiter bei der Verneinung waren dreie und unerschütterlich. (Stürmischer Beifall.)

Ein sehr vornehmer Mann dieser Generalleutnant, kann man ihn ein ungezogener Jude. Der Deutsche Reichstag ist durch das Generalleutnants Brodow miedersichtlich nicht beleidigt fühlen. Es ist auch wirklich lächerlich, nicht hoch der Adel und schlechthin die Polonien, die dem Reichstag zu kommen. Daß auch Bürger und Arbeiter mitmischen haben. Das preussische Herrschentum mit seinen „Hilfsgewerken“ und die Dreiklassenwahlmänner der Reichstörten a la Brodow natürlich viel lieber.

Der echte Preusentag sandte ein Danktelegramm an den Kriegsminister v. Falkenhayn. Daran wurde vorgeschlagen, auch an den Reichskanzler ein Telegramm zu senden. Es erfolgte keine lebhaften Ausruf: „Preussens Heil“ über an Oberst v. Reuter! Schließlich wurde jedes weitere Telegramm abgelehnt. Also der arme Weidmann ist von den Schimpfen nicht für würdig befunden worden. Falkenhayn heißt der Mann ihrer Gnade.

Schließlich fehlte bei der reaktionären Gesellschaft auch der Reichsmann nicht. Der Superintendent Döndeland erklärte, auch die Weltlichen in ihrer großen Mehrheit hängen fest und treu zu dem „von Gott gewollten Preußenbund“. Da sollst den Namen meines Herrn nicht mißbrauchen, heißt es zwar in der Bibel. Aber ein echtpreussischer Geistlicher weiß ganz genau, daß der liebe Gott im Himmel unbedingt ein Gott der preussischen Junkerherrschaft sei. Was würde der Kaiser der christlichen Religion zu diesen Gotteslästerungen sagen?

Es wird uns über den kommenden Preusentag noch von anderer Seite berichtet: Man hat in der Reichspresse die Worte „anti-national“, „vaterlandlos“ und „reichsfeindlich“ abwechselnd gegen die Sozialdemokratie, die Sozialdemokratie und die Sozialdemokratie benutzt. Heute muß man wenigstens den nationaler Parteien die Namen von nationaler Parteien zugegeben und auch gegenüber der Sozialdemokratie verlangt die nationale Schwundel läßt nicht mehr. Das Wort „deutsch“ ist zum Vorteil des Deutschtums, mit keinem Parteibegriff mehr verbunden.

Wird aber das Wort „Preussentag“ genannt, so lautet sofort jedermann das unangenehme Bild eines schneidigen Herrn der höheren Stände auf, des Vertreters einer ganz bestimmten Sorte von Weltanschauung, die sich in dem schneidig ausgesprochenen „Autorität“ ausdrückt. Und als „Autorität“ oder wenigstens als ein sehr weisentliches Bild davon erscheint der schneidige Herr selbst, der Offizier, Polizeibeamter, Großgrundbesitzer ist oder es wenigstens in seinem früheren Schicksal in ihm finden möchte, ein überlegener Geist, der mit stolzer Frechheit auf alle Neugierungen einer liberalen Kultur im Ausland wie im Inland verächtlich herabsieht, der mit dem ganzen bornierten Hochmut des „Reichertums“ über alle Regungen des Volksgelichtes spöttelnd hinweggeht.

Spricht man von Deutschland, so denkt man an Ehre und Hohe, Amt und Macht, an den völkischen Kampf der Freiheit, an 1848, an die Einmischung zum Industrieunternehmen und an den gewaltigen Freiheitskampf der deutschen Arbeiterklasse.

Spricht man von Preußen, so denkt man an Kaiser und Polizeimachthaber, an Dreiklassenwahlrecht, Herrenhaus, Gutbesitzer, Klassenjustiz, Ausweisungen, an den edlen Januschaar, an die Joberner Affäre und den Kölner Polizeiprozess.

Das kommt daher, daß in Preußen alles, was nicht reaktionär ist, nichts zu sagen hat, daß Preußen die Domäne der konstanten Parteiherrschaft ist. Wenn nun „preussisch“ gesprochen werden soll wie konservativ, so ist das für die konservative Partei natürlich äußerst vorteilhaft: Sie belegt damit einen ganzen großen Staat für sich. Aber dem preussischen Staat — was nicht zu reden vom preussischen Volk — ist mit dieser Gleichrichtung sehr schlecht gebend; denn aller berechtigter Haß, der sich gegen die konservativen wendet, wird dadurch zum Haß gegen den konservativ regierten preussischen Staat.

Der so gefällig zur Schau getragene preussische Nationalismus ist ebenso sehr ein verlogenem konservativem Parteilantentum wie der zuerst in die Warderbe gelegte deutschnationale Nationalismus. Bei der proklamierten Veronalunion amischen Preusentum und konservativer Partei macht die konservative Partei die besten, der preussische Staat aber die schlechtesten Geschäfte. Der ungedruckte § 1 des Preußenbundes lautet: Der Bund stellt sich die Aufgabe, dem preussischen Staat innen und außen soviel Feinde wie möglich heranzuzüchten.

Daß der Preußenbund an diesem feinen Zweck erfolgreich arbeitet, soll nicht bestritten werden. Und auch die Tatsache, daß er die hängende politische Förderung einer menschenwürdigen, aber den Parteien strebenden Regierung gefunden hat, wird dem künftigen Geschichtsschreiber Preußens nicht entgehen.

Das Kölner Panama.

Eine bereits telegraphisch gemeldet wurde, erging am Sonntag das Urteil gegen unter Kölner Parochial. Generalleutnant wurde in der vom Staatsanwalt beantragten Strafe von 100 Mk. und Lösung der Kosten verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es: „Dem Angeklagten läßt der Antrag des § 101 zu, da er in dem Verfahren nach Verurteilung von Nichtbehörden gehandelt habe, aber Straflosigkeit keine er nicht bestritten, da er in der Form weit über das gebotene Maß hinausgegangen sei, in keinem an sich billigenwerten Falle haben er die Wahrung der berechtigten Interessen überschritten.“ Zum Unterrichts vom Kölner Gericht werden weitere Kreise

des Volkes der Ansicht sein, daß unser Brüberblatt in der Kritik der Kölner Korruption eher zu milde, denn zu hart gewesen ist. Schreibt doch sogar die Post:

Für die Kölner Volksbeiräte bildet dieser Bruch kein Substrat. Man wird gut tun, aus diesem Ergebnis hart und anderwärts die heingeliehen Lehren zu ziehen. Damit mit aller Intransigenz vorgegangen werde, die wahrlich nicht dem Ansehen der Polizei in den Augen der Bürgerlichkeit zu leben.

Schärfere Worte der Kritik findet das Berliner Tageblatt: „Man soll mit dem Wort „Panama“ nicht freigebig sein, aber hier ist es wirklich einmal am Platze. Denn Kriminal- und Polizeibeamter einer Königl. Polizei, das sind doch wohl in der Regel Leute, die aus dem Offiziersstande hervorgegangen sind! Auf sie lassen sich die widerlichen Umstände kaum anwenden, die eine gehungungstüchtige Presse für die Welt und Pressestand in Anspruch nahm, denen Angehörige der Firma Krupp mit Bier und Butterbrot die Fänge gelegt hatten... Wer es für richtig hält, daß die Staatsgewalt zuerst die Aufhebung schwerer moralischer Schäden strafrechtlich verfolgt, bevor sie sich auf die Schäden einläßt, die man darin zu wehre „widerliche Umstände“ entbehren und für eine Zeitlanggehörten eingebürgerte Korruption schließlich auch das preussische Bürgerrecht in Anspruch nehmen. Wer dann nicht genug hat, der unverfälschte Schacht seiner protestativen Meinung zweimal täglich zu betonen, der wird mit schickem Bedauern und mit begründeter Sorge bekennen müssen: das preussische Dreiklassensystem ist krank, schwerkrank. Für diese Krankheit ist der Kölner Polizeiprozess ein der höchsten Symptome, die je gezeigt haben.“

Die Köln. Zeitung erfährt von zukünftiger Stelle, daß von dem Regierungspräsidenten gegen die in Köln angeführten Polizeipräsidenten v. H., Landwehr und Eiben das Disziplinerverfahren mit dem Ziele der Entfernung aus dem Amt und die sofortige Amtsbekleidung verfügt worden ist. Ueber die gegen den Polizeipräsidenten Krupp zu ergreifenden Maßnahmen werde der Regierungspräsident in Hannover beauftragt. Doch damit ist wenig getan. Nicht einzelne Beamte sind darauf schuld, daß sich in Köln und „andertwo“, um mit der Post zu reden, der Badisch eingebürgert hat, sondern das preussisch-deutsche System, das die Polizei als göttliche Gewalt über das Volk stellt. Unser Kölner Brüberblatt, das seinen Kampf mit gutem, journalistischem Geschick durchgeführt hat, schreibt sehr richtig:

Obwohl an diesem Punkte zeigt sich die Wichtigkeit der sozialdemokratischen Kritik, die an Reuefertigkeiten zu haben, den tiefsten Ursachen der Korruptionsverbrechen nachzugehen und auch ihnen die Notwendigkeit einer demokratischen Kontrolle des Beamtenkörpers berleiht, der kein selbständiges Geschilde, sondern mit dem Volke verbunden sein soll. Sehr vielen und sehr schlimmen Unrat haben wir in diesem Prozeß überhaupt nicht aufzählen wollen, auch manche Verurteilung haben wir mitteilend geschickt, die ebenfalls in den Ahorn gedreht wäre wie andere — wir wollten nicht unnötig Epitheten vermeiden und haben darum die Bemerkung auf das Nötigste beschränkt.

Wenn sich jetzt mahgebende Stellen mit noch so beschleunigten Reformen beschäftigen, so ist das der Kritik der sozialdemokratischen Presse zu danken, die sich in der Kritik öffentlicher Verhältnisse auch durch die unverständlichsten Gerichtsentscheidungen nicht beirren lassen wird.

Reaktionäre Sehniucht.

Die Herren Militaristen haben Oberwasser, sie wagen sich immer weiter hervor. — Die VII-pol. Korrespondenz erzählt, daß man in gewissen Kreisen geneigt ist, die Verfassung von Elsh-Lothringen zeitweise aufzuheben. Sie schreibt angeblich auf Grund einer Umfrage in Abgeordneten- und Bundesratskreisen:

Schon spricht man im Reichstage von der Möglichkeit eines Reglementsumsatzes, der auf die zeitweilige Aufhebung des elshlotheringischen Verfassung abzielen könnte, und erwägt die politischen Gruppierungen für den Fall, daß es darüber zu einer Lösung des Parlamentes käme. Der Reichskanzler hat in seiner Abgeordnetenhausrede vom 15. dieses Monats in anerkennlicher Höflichkeit die ersten Zeiten betont, in denen wir leben, und dem wir entgegenstehen. Es liegt durchaus nahe, daß eines Tages die große politische Ministerfrage dahin gestellt wird, ob oder nicht wir es wagen zu lassen dürfen, daß die französische und transsylvanische Ministerarbeit in der weltlichen Gegenwart das Verfassungsproblem gegen den immer härter vorkommenden Osten bis zu einem Maße unterzühlt, um die notwendigen landwirtschafterwärtigen Sicherheiten endlich zu gestalten.

Die Regierung dürfte es sich sehr überlegen, ehe sie diesem scharfmachenden Wunsch nachkommen und einen entsprechenden Antrag im Reichstag einbringen wird. Der Unterhaltung der Konservativen wäre sie allerdings dann sicher. Weidmann-Holmes würde sich vielleicht die verloren gegangene Gnade der Konservativen wieder gewinnen können. Er wird zwar zuerst von den Konservativen wenigstens äußerlich ziemlich milde behandelt. Aber man läßt doch immer wieder deutlich erkennen, daß man nicht sehr zufrieden mit ihm ist. So erklärt die parlamentarische konservativen Stereotypens, die sich mit der Debatte im preussischen Abgeordnetenhaus befaßt, daß zwar von einer Kriegserklärung gegen den Reichskanzler gar keine Rede gewesen sein könnte, aber sie betont ausdrücklich, Döndeland habe gar keinen Zweifel darüber gelassen, daß die Anschuldigungen des Premierpräsidenten nicht frei von Fäulnis und Mücken seien. Der-